

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

**NRW GEHT
NUR MIT UNS!**

WAS DIE JUNGE GENERATION WILL



*am 10. und 11. Juni 2017
in Krefeld #nrwtag53*



„Krefelder Erklärung“

Aktueller Beschluss zum 53. JU NRW-Tag

am 10. – 11. Juni 2017 in Krefeld

„Krefelder Erklärung“

Zukunftsperspektiven für NRW: Was die junge Generation will

Die Junge Union NRW hat intensiv darauf hingearbeitet, dass die perspektiv- und erfolglose rot-grüne Landesregierung abgewählt wird und die CDU in NRW wieder Regierungsverantwortung übernehmen kann. Durch einen engagierten Wahlkampf mit 17 Direktkandidaten und tausenden Wahlkämpfern aus den Reihen der Jungen Union konnten wir am 14. Mai 2017 beide Ziele erreichen. Zudem konnten acht Direktkandidaten der Jungen Union in den Landtag einziehen. Darauf sind wir stolz. Mit einem solchen Wahlsieg geht einher, dass es sogleich neue Ziele zu setzen gilt. Die Junge Union NRW befürwortet die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der FDP. Wir sind davon überzeugt, dass diese NRW-Koalition die größte Innovationskraft für unser Land entfalten kann. Die CDU-Fraktion selbst steht sinnbildlich für diese Innovationskraft und den frischen Wind im nordrhein-westfälischen Landtag: Ein Viertel der Fraktion ist Mitglied der Jungen Gruppe. Wir sind uns sicher: Diese Jugendlichkeit wird sich authentisch in der Regierungsarbeit widerspiegeln, denn die Anliegen der jungen Generationen finden Gehör. Gerade deswegen nutzen wir als Junge Union NRW die Chance, bei den Zielsetzungen die Koalition zu unterstützen, die der jungen Generation besonders wichtigen Themen zu betonen und deren Berücksichtigung in den laufenden Verhandlungen und darüber hinaus in den folgenden fünf Jahren Regierungszeit einzufordern. Bewusst wagen wir keinen Rundumschlag, sondern setzen Akzente:

Die junge Generation will gut ausgebildet werden

Die nordrhein-westfälische Bildungslandschaft versinkt derzeit im Chaos. Förderschulen werden geschlossen, obwohl Bedarf für eben diese besteht. Unterricht findet zu selten statt und fällt viel zu häufig aus, da nicht genügend Personal vorhanden ist. Schüler, Lehrer und Eltern sind gleichermaßen überfordert – und beklagen sich zu Recht. Wir müssen wieder Ordnung in die nordrhein-westfälischen Schulen bringen und dabei auch an die Anforderungen eines Lehrplans von Morgen denken. Konkret:

1. Gute Bildung funktioniert nur, wenn Unterricht stattfindet. Wir brauchen deutlich mehr Personal im Lehr- und Schulverwaltungsbereich und endlich wieder an jeder Schule einen Schulleiter. Nach hessischem Vorbild fordern wir eine Lehrerbesezung von mindestens 105 Prozent an jeder Schule, um Vertretungen u.a. im Krankheitsfall deutlich besser

gewährleisten zu können. Nur so können wir den Schülern eine Unterrichtsgarantie geben und die zusätzlichen Anforderungen der Inklusion stemmen. Auch als vermeintliche Zwischenlösung sind Abordnungen nicht akzeptabel – weder von einer Region zur anderen, noch von Sonderschulpädagogen zu Regelschulen. Das schafft andernfalls Frust und inakzeptable Konkurrenz.

2. Gute Bildung heißt, individuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Deshalb begrüßen wir das bereits verkündete Moratorium für bestehende Förderschulen. Darüber hinaus sprechen wir uns allerdings klar für den Erhalt und eine langfristige Unterstützung der Förderschulen aus. Viele Betroffene wünschen sich eine intensive, fachgerechte und ausschließlich sonderpädagogische Unterrichtung. Durch den Erhalt von Förderschulen können wir eine echte Wahlfreiheit bei der Inklusion zwischen Förder- und Regelschule schaffen und den Regelschulen die notwendige Zeit geben, sich allmählich auf die Anforderungen eines inklusiven Unterrichts anzupassen.
3. Gute Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Deshalb sprechen wir uns für mehr Freiheit im Nachmittagsbereich der Schulen des Offenen Ganztags (OGS) aus. Wir stehen zum Konzept der OGS und stellen ebenso wenig das pädagogische Konzept einer zusammenhängenden Lerngemeinschaft in Frage. Doch Zeit mit Familie, in Vereinen oder ehrenamtlichen Organisationen darf nicht darunter leiden. Diese Zeiten müssen den Schülern durch eine größere Flexibilität im System der OGS gewährt werden, da sie fürs Leben bilden können. Gleichzeitig darf den Trägern der OGS dadurch kein Nachteil entstehen. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass Vereine u.a. stärker in die Gestaltung der Nachmittagsbetreuung eingebunden werden.
4. Gute Bildung bedarf einer modernen Unterrichtung: inhaltlich wie strukturell. Deshalb fordern wir eine Anpassung der Lehreraus- und -fortbildung angesichts der neuen Herausforderungen Inklusion und Digitalisierung. Tablets müssen der Standard in jeder Klasse sein, um mit den Mitteln zu lernen, die auch das spätere Berufsleben dominieren werden. Dabei darf es keine Unterschiede von der Grundschule bis zur Berufsschule geben. Das Land muss die Administration und notwendigen Software-Anforderungen gewährleisten. Außerdem muss das Land dynamischere Lehrplananpassungen ermöglichen, um auf gesellschaftliche Entwicklungen stärker und schneller in notwendiger Weise reagieren zu können. Kurzfristig müssen Programmierung und

vermehrt Medienkompetenz in den Lehrplan aufgenommen werden – und zwar schon in der Grundschule.

5. Zur Umsetzung der vielfältigen Herausforderungen fordern wir die Anpassung der Bildungspauschale, damit Neu-, Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen von den Kommunen realisiert werden können.

Die junge Generation will Familien gründen

Familie hat für Jugendliche einen hohen Stellenwert – einen weit höheren als die berufliche Karriere: Über 90 Prozent meinen, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen. Zeitgleich ist jedoch der Kinderwunsch zurückgegangen – insgesamt wünschen sich derzeit 64 Prozent der Jugendlichen Kinder, 2010 waren es noch 69 Prozent. Diese Entwicklung ist für unsere Gesellschaft dramatisch. Eine Ursache für diese Diskrepanz zwischen Wertschätzung von Familie und eigenem Kinderwunsch liegt darin, dass einige junge Menschen sich mit den Anforderungen, die in der Lebensphase zwischen 17 und 40 an sie gestellt werden, überfordert und allein gelassen fühlen: Ausbildung, Berufseinstieg und -aufstieg, berufsbedingte Umzüge, stabile Beziehungen eingehen und pflegen, Kinder bekommen und großziehen sowie ggf. die Pflege der Eltern. Deshalb wollen wir die Entschleunigung dieser Lebensphase in den Mittelpunkt stellen. Konkret:

1. Für Familien brauchen wir ausreichende, qualitativ hochwertige und flexible, zugleich aber auch bezahlbare Betreuungsstrukturen. Die rot-grüne Landesregierung hat auf die an sich festgeschriebene Evaluation des Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in 2011 verzichtet und die Kindertageseinrichtungen im Land über Jahre systematisch unterfinanziert. Mittlerweile steht das System kurz vor dem Kollaps; Hilferufe von Trägern, Erziehern und Eltern werden lauter. Viele Einrichtungen, gerade kleiner strukturierte im ländlichen Raum, stehen vor dem endgültigen Aus. Soweit darf es nicht kommen! Wir fordern die zukünftige Landesregierung auf, die Revision des KiBiz auf die Tagesordnung der ersten Kabinettsitzung zu setzen. Sollte sich dort abzeichnen, dass diese Revision einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird, ist kurzfristig für eine auskömmliche Finanzierung des Systems zu sorgen. Qualitätseinbußen oder gar Schließungen darf es unter einer CDU-geführten Regierung nicht geben.

2. Familiengründungen müssen finanzierbar sein. Das fängt oftmals beim Wohnraum und beim Schaffen von Eigentum an. Deshalb fordern wir ein Baukindergeld, eine deutliche Senkung der Grunderwerbssteuer in NRW – immerhin ist die Grunderwerbssteuer in keinem Bundesland höher als bei uns in Nordrhein-Westfalen – und einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer für junge Familien. Außerdem fordern wir eine weitere Flexibilisierung und Ausweitung des Elterngeldes über das ElterngeldPlus hinaus: Auf Bundesebene soll sich die neue Landesregierung dafür einzusetzen, dass Elterngeld in den ersten 36 Lebensmonaten des Kindes gewährt wird, wobei in den ersten 12 Monaten 65 Prozent des wegfallenden Einkommens substituiert werden sollen, in den darauffolgenden 24 Monaten 50 Prozent. Diese 36 Monate sollen beide Elternteile flexibel untereinander aufteilen können; eine Teilzeittätigkeit bis zu 30 Wochenstunden soll weiterhin möglich sein.

3. Familienfreundlichkeit als Kerngedanke muss auf allen öffentlichen Ebenen implementiert werden. So sollen auf kommunaler Ebene etwa reduzierte Müllgebühren für eine Windeltonne oder vergünstigte Familientarife (z.B. ÖPNV, Schwimmbad, Musikschule, Bücherei) unabhängig von der Anzahl der eigenen Kinder eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu soll das Land die Kommunen verstärkt zur Nutzung der Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung aufrufen.

Die junge Generation will Unternehmen gründen

In NRW hatte 2015 das Wirtschaftswachstum einen dramatischen Wert erreicht: Null Prozent. Damit war unser Bundesland so schlecht wie kein anderes Land. 2016 war das Wirtschaftswachstum immer noch unterdurchschnittlich. Richtig ist, dass NRW traditionell ein Industrieland ist und zahlreichen, großen Unternehmen viel zu verdanken hat. Doch wenn unser Land nicht Gefahr laufen soll, sich auf der Vergangenheit auszuruhen und nun abgehängt zu werden, dann müssen wir in NRW Innovation zulassen, digital denken und Unternehmertum fördern. Wir sind ein Land voller kluger Köpfe. Sorgen wir dafür, dass sie ihre Ideen in ihrer Heimat verwirklichen wollen und an passender Stelle die richtigen Ansprechpartner finden, um ihre Gründungsidee und die nordrhein-westfälische Wirtschaft zu stimulieren. Konkret:

1. Wir wollen ein positives Gründerklima schaffen, damit noch mehr junge Menschen sich für den Weg in die Selbstständigkeit entscheiden. Dazu wollen wir Gründer schon in Schulen vorstellig werden lassen, um Schülern ein Gefühl für die Möglichkeiten und

Herausforderungen zu geben. Zudem muss spätestens in Berufs- und Hochschule verpflichtend gelehrt werden, was es für eine Gründung braucht und wie bürokratische Hürden zur Selbstständigkeit gemeistert werden können. Gleichzeitig müssen Behördengänge vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert werden.

2. Unternehmensgründer müssen vernetzt werden: Untereinander und mit den etablierten Unternehmen NRWs. So entsteht ein intensiver Ideenwettbewerb, Ideen können gemeinsam weiterentwickelt werden und Angebot und Nachfrage finden leichter zusammen. Regional gibt es einige Gründungszentren mit Anbindung an die Wirtschaft – wir wollen eine landesweite Vernetzung von Inkubatoren schaffen. Insbesondere die DWNRW-Hubs wollen wir besser vernetzen und ihnen zeitgleich mehr Freiheiten für ihre thematischen Schwerpunkte geben, um deren individuellen Standort-Stärken zu stärken.
3. Modernes Unternehmertum erfordert eine moderne Digital-Infrastruktur. Deshalb fordern wir Gigabit für ganz NRW – egal ob im Home-Office, in Bildungseinrichtungen, im Gewerbegebiet oder unterwegs am mobilen Endgerät. Alle Landes-, Bundes- und EU-Förderprogramme müssen darauf hinwirken.

Die junge Generation will Verantwortung übernehmen

Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Insbesondere Familienunternehmen sind oft von einem vertrauten Miteinander der Eigentümer und der Belegschaft geprägt. Eine jahrzehntelange Betriebszugehörigkeit zeichnet viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Firmen aus. Die Unternehmer übernehmen Verantwortung für die Belegschaft. Viele Firmen werden bald an die nächste Generation zu übergeben sein. Die neuen Inhaber müssen Verantwortung übernehmen für die Mitarbeiter und die Fortführung alteingesessener Unternehmen. Insbesondere im Handwerk, bei dem der Fachkräftemangel sehr deutlich wird, gilt es die Übernahmbereitschaft zu würdigen und die Förderung junger Kräfte stärker zu unterstützen. Konkret:

1. Viele Unternehmen stehen vor einem Generationenwechsel. Dieser ist verbunden mit hohen Kosten und vielen Unwägbarkeiten. Wir fordern die Unterstützung von Betriebsnachfolgern. Sowohl die Übernahmbereitschaft junger Menschen, als auch der

damit verbundene Anstieg der Verantwortung müssen stärker gewürdigt werden. Ein Betriebsnachfolger darf nicht durch hohe Erbschaftsteuern zusätzlich belastet werden.

2. Familienunternehmen zeichnet eine hohe Stabilität aus. Sollte es keine Nachfolge aus dem eigenen Kreis der Familie geben, dann soll eine Unterstützung der Unternehmen bei der Findung von geeigneten Betriebsnachfolgern geleistet werden. Auch ein Förderprogramm, welches junge Führungskräfte bei der Findung und Übernahme eines Betriebes unterstützt, soll erarbeitet werden.
3. Die Anzahl von Verordnungen und bürokratischen Regelungen nimmt stetig zu. Sie halten die Unternehmerinnen und Unternehmer oftmals von ihren eigentlichen Aufgaben ab und rauben ihnen viele Stunden im Monat. Wir fordern die Abschaffung von vielen überflüssigen bürokratischen Verordnungen, wie dem Tariftreue- und Vergabegesetz, der Hygieneampel oder häufig wiederkehrende Dokumentationspflichten.
4. Die Ablegung der Meisterprüfung ist eine sehr kostenintensive Weiterbildung. Für manche Berufe ist eine zum Teil fünfstellige Summe für den notwendigen Lehrgang aufzubringen. Hohe Kosten behindern die Weiterbildung von jungen Handwerkern und machen das Handwerk dadurch weniger attraktiv. Die Kosten der Meisterschule sollten denen einer akademischen Ausbildung entsprechen. Wir fordern daher eine Reduzierung der Kosten für den Meisterlehrgang. Mittelfristiges Ziel soll die unentgeltliche Weiterbildung zum Meister sein.

Die junge Generation will ehrliche Gleichberechtigung

Wir sind in einem Land aufgewachsen, in dem Frauen und Männer die gleichen Rechte haben und jeder, unabhängig von seinem Geschlecht, Herkunft, Religion oder seiner sexuellen Orientierung, die gleichen Chancen hat. Darauf sind wir stolz und wollen ideologische Diskriminierungen beenden. Konkret:

1. Wir wollen ein Ende des Geschlechterkriegs im öffentlichen Dienst. Um ein Zeichen für Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu setzen, bekennen wir uns dazu, dass Frauen bei Einstellungen und Beförderungen bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden. In NRW werden seit dem 1. Juli 2016 Beamtinnen jedoch selbst bei

schlechterer Leistungsbewertung männlichen Kollegen bei Stellenbesetzungen und Beförderungen vorgezogen. Dieses rot-grüne Diskriminierungs-Gesetz (§ 19 Absatz 6 Landesbeamtengesetz) wollen wir beenden. Wir fordern die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) NRW auf den Rechtsstand des Jahres 2016.

2. Unsere jungen Frauen sind gut ausgebildet und leistungsstark. Wir brauchen keine Quotenregelungen im Hinblick auf Besetzungen von Posten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik auf Landesebene. Leistung sowie Befähigung und nicht das Geschlecht sollen die entscheidenden Kriterien für solche Besetzungen sein.
3. Für uns sind Begriffe wie Studenten neutral und schließen Frauen und Männer ein. Wir wollen die Geldverschwendung für unsinnige und die deutsche Sprache verfälschende Umbenennungen z.B. von Studenten- in Studierendenwerke beenden.

Die junge Generation will mobil sein

Mobilität ist unausweichlicher Kern unseres gesellschaftlichen und beruflichen Zusammenlebens. Dem muss auch die nordrhein-westfälische Infrastrukturpolitik Rechnung tragen, denn wir wollen die jungen Menschen in ihrer privaten wie beruflichen Entfaltung unterstützen und nicht einbremsen. Vielmehr: Wir wollen junge Menschen ermuntern, unser Land mit der Vielfalt unserer Verkehrsträger zu entdecken. Insbesondere wollen wir gegenüber jungen Menschen den SPNV und ÖPNV als umweltschonende Verkehrswege bewerben und ihn in allen Regionen so ausbauen, dass er auch tatsächlich eine ansprechende Mobilität ermöglicht. Wir wollen für unsere Generation Flexibilität und Kostensensitivität in den Vordergrund stellen. Konkret:

1. Der Öffentliche Personennahverkehr ist eine wesentliche Säule unserer Infrastruktur und nicht nur für junge Menschen und junge Familien eine gute Alternative zum Auto. Doch das Tarifsystem der unterschiedlichen Verkehrsverbände ist komplex und sehr unterschiedlich. Wir fordern daher, eine bessere Vernetzung der Verkehrsbetriebe, vermehrte Kooperationen bis hin zu Fusionen einzelner Verkehrsverbände. Unser Ziel dabei ist, ein einheitliches und transparentes Tarifsystem für Nordrhein-Westfalen zu erreichen und einen bezahlbaren ÖPNV zu gewährleisten. Zudem fordern wir ein flächendeckend nutzbares System für elektronische Tickets, das erheblich flexiblere Tarifierungen ermöglicht. Beispiel dafür wäre ein Handy-Ticket, das je nach Nutzung

automatisch von Einzeltickets auf z. B. Monatstickets „umschaltet“ oder bei Zeittickets deutlich flexiblere Gestaltungsräume ermöglicht.

2. Zum Erfolgsmodell der Mobilität ist das NRW-Ticket für Studenten an staatlichen nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen geworden. Wir unterstreichen daher die Forderung des CDU-Regierungsprogramms, analog zum Semesterticket ein Schüler- und Azubi-Tickets einzuführen. Damit werden nicht nur die duale Ausbildung, das Handwerk und der Mittelstand durch bessere Mobilitätsmöglichkeiten gestärkt, sondern Schüler und Azubis können auch die Vielfältigkeit unserer Heimat kostengünstig erleben.
3. Unser Mobilitätsverhalten wird durch Umweltbewusstsein, Ressourcenknappheit und die Entwicklung von neuen Technologien verändert. Die Urbanisierung befördert diese Veränderungen. Deshalb fordern wir, den Ausbau von Bike- und Car-Sharing zu fördern und eine verstärkte Koordinierung solcher Angebote.

Die junge Generation will Chancen für ihre Heimat

Eine starke regionale Identifikation, oft verbunden mit einem überdurchschnittlichen ehrenamtlichen Engagement für die örtliche Gemeinschaft, prägt und verbindet die Generationen in den ländlichen Räumen. Junge Menschen möchten daher oft dort wohnen, arbeiten und eine Familie gründen, wo sie ihre Wurzeln haben. Dennoch ist der ländliche Raum besonders vom demographischen Wandel betroffen. Die rot-grüne Landesregierung hat sich den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes nicht gestellt und ihn systematisch benachteiligt, insbesondere bei der Finanzierung und der überregionalen Raumplanung. Um der jungen Generation auch im ländlichen Raum eine Zukunft zu geben, brauchen wir starke und selbstbestimmte Kommunen, die das Lebensumfeld auch in den Dörfern, sowie den kleinen und mittelgroßen Städten in Nordrhein-Westfalen attraktiv und familienfreundlich gestalten. Konkret:

1. Eine lebenswerte Heimat muss wohnortnahe Bildungsangebote sichern. Auch im ländlichen Raum müssen alle Schulformen von der Grundschule bis zum Gymnasium flächendeckend erreichbar sein. Das ist nur möglich, wenn auf Dauer auch kleinere Schulen mit nur zwei Klassenzügen Bestand haben können. Dies gilt auch für ein

funktionierendes Förderschulsystem. Zu weite Schulwege sind kinder- und familienunfreundlich und senken die Attraktivität eines Wohnortes erheblich.

2. Von besonderer Bedeutung für die Lebensqualität im ländlichen Raum ist die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung. Um die Versorgung insgesamt zu verbessern, fordern wir den Ausbau von Studienplätzen im Fach Medizin durch die Einrichtung mindestens einer zusätzlichen medizinischen Fakultät im diesbezüglich unterrepräsentierten westfälischen Landesteil. Vor Ort bereits heute bestehende Kooperationen mit anderen Hochschulen gilt es mit einzubeziehen bzw. fortzuentwickeln. Zudem muss die Ausbildung von Hausärzten einen höheren Stellenwert im Medizinstudium bekommen.
3. Wir wollen die durch Familienbetriebe geprägte Land- und Forstwirtschaft als leistungsfähigen und vielfältigen Wirtschaftszweig erhalten und unterstützen. Es bedarf eines an fachlichen Gesichtspunkten orientierten Ausgleichs zwischen den Interessen der produzierenden Landwirtschaft und denen des Tier- und Naturschutzes. Ideologische Gesetze wie das Jagd- und das Naturschutzgesetz müssen wieder überarbeitet werden. Landwirte und Jäger sind wichtige Partner im Umwelt- und Naturschutz und dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Um den permanenten Flächenverbrauch zu bremsen, müssen die Regelungen zu Kompensationsmaßnahmen überarbeitet, insbesondere die Entsiegelung von ehemaligen Gewerbe- und Verkehrsflächen als Ausgleichsmaßnahme anerkannt werden.
4. Landesplanerische Maßgaben sollen grundsätzliche Spielregeln vorgeben, dürfen den Kommunen jedoch durch eine restriktive Flächenpolitik nicht Entwicklungspotentiale versperren. Aus diesem Grund muss der bestehende Landesentwicklungsplan schnellstmöglich überarbeitet werden. Auch kleine Orte müssen bei Bedarf noch Siedlungs- und Gewerbegebiete ausweisen dürfen. Nur so können aufstrebende mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum gehalten und eine Landflucht verhindert werden.
5. Außerdem muss in der Flächenpolitik der Lebensqualität vor Ort hohe Priorität eingeräumt werden. Lebensqualität ist insbesondere für junge Menschen ein entscheidendes Kriterium bei der Wohnortwahl. Deshalb und für die Beibehaltung von

Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kommunen fordern wir eine maßvolle Verteilung von Windkraftanlagen. Damit die Kommunen hier Rechtssicherheit haben, brauchen wir eine Mindestabstandsregelung von „7H“ sowie mehr Spielräume für Kommunen bei der Abwägung von Landschafts-, Natur- und Artenschutzbelangen.“

Die junge Generation will sicher leben

Organisierte Einbrecherbanden, Übergriffe, No-Go-Areas und Terroranschläge – angesichts einer Vielzahl von beunruhigenden Entwicklungen und einer offensichtlichen Überforderung der bisherigen Landesregierung fühlen sich viele in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld bedroht. Uns liegt es im besonderen Maße am Herzen, dass junge Menschen – insbesondere auch Frauen, Kinder und Familien – sich in der Öffentlichkeit wieder sorglos bewegen können. Das ist ein wesentlicher Aspekt von Lebensqualität und ein Entscheidungskriterium bei der Wahl des Wohnortes. Wir unterstützen das umfassende Sicherheitskonzept unserer Mutterpartei von einer Verbesserung der Ausrüstung unserer Sicherheitskräfte, über den flächendeckenden Einsatz von „predictive policing“ bis zur Einführung von Schleierfahndung. Besonderen Wert legen wir auf vorbeugende Maßnahmen und eine Aufstockung des Personals. Konkret:

1. Sicheres Leben funktioniert durch einen deutlichen Ausbau der Videobeobachtung von öffentlichen Plätzen. Eine Ausweitung trägt nicht nur zur „gefühlten Sicherheit“ bei, sondern hat präventive als auch repressive Wirkung. Darüber hinaus wird damit die Strafverfolgung erheblich verbessert.
2. Zu einem sicheren Lebensumfeld gehört eine präsenze Polizei. Dafür braucht es ausreichend Personal. Wir machen uns dafür stark, dass der Polizeidienst auch für Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen offen steht. Die Erfahrungen anderer Bundesländer, die in der inneren Sicherheit bundesweit Spitzenplätze belegen, zeigen, dass keine Nachteile entstehen und der Staat damit im Übrigen ein begrüßenswertes Zeichen gegen den Akademisierungstrend setzt.

Die junge Generation will schuldenfrei gestalten können

In den letzten sieben Haushaltsjahren rot-grüner Landesregierung in NRW ist der Schuldenstand in NRW um 19 Milliarden Euro gestiegen. Mittlerweile beträgt der Schuldenstand NRWs fast 144 Milliarden Euro. Die alljährliche Aufnahme neuer Schulden auf Kosten der jungen Menschen

muss umgehend beendet werden. Durch immer neue Schulden werden nicht nur die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen eingeschränkt, sondern sie verhindern Entwicklungschancen von morgen. Wir kämpfen für Zukunftsperspektiven. Konkret:

1. Was Wolfgang Schäuble in Berlin schafft, muss auch endlich in NRW erreicht werden: Die schwarze Null. Und damit nicht genug: Besonders in Zeiten guter konjunktureller Lage ist die Rückführung von Schulden unerlässlich. Generationengerechte Finanzpolitik ist ein Grundanliegen der Jungen Union NRW.
2. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist für uns kein Selbstzweck, sondern ermöglicht Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen. Deshalb darf es keine Schlupflöcher geben, um die Schuldenbremse zu umgehen. Um Gestaltungsspielraum für nachfolgende Generationen zu ermöglichen, fordern wir die strikte Einhaltung der Schuldenbremse.
3. Den Anforderungen von Heimat und junger Menschen muss auch vor Ort begegnet werden können, deshalb fordern wir eine gerechte und auskömmliche Finanzierung aller Kommunen. Dazu muss die Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes grundlegend überarbeitet und u.a. die Notwendigkeit, Infrastruktur auf großer Fläche zur Verfügung zu stellen, berücksichtigt werden. Die Abundanzumlage („Kommunal-Soli“) muss abgeschafft werden.

Die junge Generation will sich einbringen

Unsere Generation ist lebendig und engagiert. Wir wollen dieses Engagement fördern und viele weitere junge Menschen dazu ermuntern, sich für die Gesellschaft einzubringen. Ehrenamtlich Engagierte erwarten dafür keine finanzielle Entschädigung. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass sie zumindest keine Einbußen jeglicher Art hinnehmen müssen und klare Zeichen des „Dankes“ setzen. Das sind wir den engagierten Menschen in diesem Land schuldig und werben so für weiteres Engagement. Konkret:

1. Wer sich einbringt, soll etwas zurückbekommen: Bereits seit der schwarz-gelben Landesregierung von 2005 bis 2010 gibt es die sogenannte NRW-Ehrenamtskarte, mit denen Vergünstigungen in diversen Einrichtung erhalten werden können. Wir fordern, diese Vergünstigungen auch Inhabern der Jugendleiterkarte (JuLeiKa) zukommen zu

lassen, ohne dass diese den erneuten Beantragungsaufwand und zusätzliche Überprüfungen leisten müssen.

2. Um junges Engagement zu fördern, braucht es Mittel für Vereine und Träger. Deshalb unterstreichen wir die Forderung aus dem CDU-Regierungsprogramm 2017, die jährliche Fördersumme des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft zu erhöhen und durch eine Dynamisierung der Mittelansätze zukunftsfähig zu gestalten. So wollen wir die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen.
3. Engagement hat eine Bedeutung und soll sich positiv anerkennend im Lebenslauf eines jungen Menschen auswirken. Ehrenamtliches Engagement soll deshalb bei der Studienplatzvergabe angerechnet werden.